

8.4.2015, 05:30 Uhr

Gastkommentar zur Nationalgeschichte

Politische Bühne und historischer Strohmann

Oliver Zimmer, Professor für moderne europäische Geschichte 8.4.2015, 05:30 Uhr



Unter dem Motto «Mythos oder Wahrheit» wird über die Vergangenheit der Nation seit nunmehr 40 Jahren immer wieder – meist anlässlich von Jubiläen – intensiv diskutiert. (Bild: Peter Gut)

Wenn sich Schweizer Historiker streiten, kann es richtig heftig werden. Aber wird es dann auch interessant? Das Dekonstruieren von einst für wahr gehaltenem ist nicht mehr sehr innovativ.

Der vor einigen Wochen losgetretene Historikerstreit hat viel mit Politik zu tun. Daran ist grundsätzlich nichts auszusetzen. Die Geschichte einer Nation ist immer politisch, in der Schweiz noch etwas mehr als anderswo, nicht nur im Wahljahr. Ausserdem gibt es wenige Themen, mit denen sich im Land von Zwingli und Dunant rascher eine politische Bühne bauen lässt als mit der Nationalgeschichte.

Der Historiker Thomas Maissen hat die Schweizerische Volkspartei mit seinen pünktlich zum grossen Jubiläumsjahr lancierten Heldengeschichten wohl bewusst provoziert: Jedes der 15 kurzen Kapitel beginnt mit einem Zitat von Christoph Blocher oder Ueli Maurer. Führende SVP-Mitglieder und ihr zugewandte Historiker nahmen die Offerte dankend an, der Streit durfte beginnen.

Eine immer wiederkehrende Geschichte

Nicht zum ersten Mal: Unter dem Motto «Mythos oder Wahrheit» wird über die Vergangenheit der Nation seit nunmehr 40 Jahren immer wieder – meist anlässlich von Jubiläen – intensiv diskutiert. Der Verlauf dieser Debatten gemahnt ein wenig ans Zürcher Sechseläuten. Auch dort wird periodisch ein Strohmann – genannt nicht etwa Wilhelm Tell oder Rütlichschwur, sondern schlicht und einfach: Böögg – aufgebaut und anschliessend durch ein kontrolliertes Feuer zur Explosion gebracht. Politische Bühne und historischer Strohmann: Das sind seit gut einer Generation die Ingredienzen eines Historikerstreits unter Eidgenossen.

Dabei stört schon fast ein wenig, dass heute nur noch wenige Schweizer Wilhelm Tell und den Rütlichschwur als historische Tatsache betrachten oder glauben, ihr Land sei 1291 im Kanton Schwyz gegründet worden. Denn ohne die Vorstellung eines Mythos, den es nach allen Gesetzen der Quellen- und Ideologiekritik zu dekonstruieren gilt, geht in der Schweizer Geschichte heute nicht mehr allzu viel. Christoph Blocher sagt, der Elefant in der Studierstube von Historikern wie Thomas Maissen sei die Europäische Union oder, genauer gesagt: der gewünschte EU-Beitritt. Tatsächlich tritt uns der besagte Elefant in Maissens Heldengeschichten mindestens zweimal relativ unverhüllt entgegen: einmal in der Einleitung und einmal im Schlusswort. Für den SVP-Strategen Blocher repräsentiert die Schweiz einen positiven Sonderweg. Für den Basler Historiker Maissen befindet sich das Land hingegen schon länger auf dem Holzweg. Die Begründung für ihre Sichtweise suchen (und finden) beide in der eidgenössischen Geschichte.

Wider den zentralistischen Einheitsstaat

Nun haben aber die Ursachen des Unbehagens der Schweizer gegenüber der EU deutlich weniger mit Geschichtsbildern als mit historisch gewachsenen Institutionen zu tun. Zu suchen sind sie in der eidgenössischen Staatsentwicklung, in der Zeit zwischen der Reformation und der Französischen Revolution. Das war eine Periode der Staatenbildung in Europa. Ihr intellektueller Motor war der aufgeklärte Absolutismus. Ziel der aufgeklärten Despoten und ihrer Berater war der durchstrukturierte, von einem einzigen Zentrum aus beherrschte Einheitsstaat.

Solche Gebilde beruhten auf einer starken Armee. Es ging also um die Ankurbelung der staatlichen Einkünfte über Steuern und mittels Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Alexis de Tocqueville hat den Kern dieses Projekts mit der ihm eigenen Brillanz beschrieben: Zwischen dem Staat und den Untertanen sollte es keine vermittelnden Korporationen mehr geben. Im 18. Jahrhundert kam das absolutistische Frankreich diesem Ziel von allen europäischen Staaten am nächsten. Die französischen Revolutionäre und später Napoleon fühlten sich dieser absolutistischen Vision verpflichtet.

Mit der Eidgenossenschaft war ein solcher Staat schlicht nicht zu machen: weder vor noch nach der Gründung des modernen Bundesstaats. Hier entwickelte sich zu keiner Zeit – weder im 16. noch im 18. Jahrhundert – ein dominantes Machtzentrum, das in der Lage gewesen wäre, den anderen Orten sein Modell der Staatsorganisation aufzuzwingen. An Versuchen dazu hat es beileibe nicht gefehlt, darauf haben Rudolf Braun und Hans Conrad Peyer hingewiesen.

Maissens Versäumnis

Versuche der Staatsbildung von oben scheiterten stets am Widerstand der ländlichen Bevölkerung. Der Schweizerische Bauernkrieg von 1653 spricht diesbezüglich eine deutliche Sprache. Als die Städte Bern und Luzern ihre Herrschaft über das Land zu intensivieren suchten, rebellierten die Untertanen. Mehr noch: Sie organisierten sich über regionale Herrschaftsgrenzen hinweg zu einem Bauernbund.

Die Zentren dieser eminent politischen Bewegung waren das Luzerner Entlebuch und das Berner Emmental – beide Gebiete gehörten zu einer stark entwickelten voralpinen Agrarzone mit arbeitsteiliger und marktintensiver Landwirtschaft. Die Bauern forderten an zentraler Stelle die Einführung politischer Landsgemeinden. Ihre Forderung rechtfertigten sie mit der eidgenössischen Befreiungserzählung (Wilhelm Tell). Wie wir bei Andreas Suter nachlesen können, verbreitete sich dieses Muster der Selbstlegitimation damals in einigen Gebieten wie ein Lauffeuer. Rund zwei Jahrhunderte später waren es dann vor allem die industrialisierten Landgegenden der Nord- und Nordostschweiz, die sich in der demokratischen Bewegung organisierten: gegen das vom städtischen Freisinn getragene repräsentativ-demokratische System.

Dass sich die frühe wie die spätere Industrialisierung der Schweiz vorwiegend auf der Landschaft ereignete, davon ist bei Maissen nirgends die Rede. Wie überhaupt die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bei ihm praktisch nicht vorkommt. Stattdessen bekommt der Leser wiederholt die These von den dominanten Städten serviert, die einem Bauernmythos zum Opfer gefallen seien. Das erkläre, weshalb sie im Bewusstsein der Schweizer kaum präsent seien. Hier wird Roger Sabloniers verdienstvolle These etwas gar unreflektiert eingesetzt. Bern und Zürich waren tatsächlich treibende Kräfte der helvetischen Staatsentwicklung. An der Bedeutung ländlicher Regionen für den wirtschaftlichen Fortschritt und das politische Selbstverständnis der Eidgenossenschaft ändert das allerdings nichts.

Ohne die erwähnten ländlichen Protestbewegungen wäre die Schweiz wahrscheinlich ein ganz gewöhnliches europäisches Land geworden. Stattdessen hielten sich Gemeindeautonomie, direktdemokratische Mitbestimmung, konfessionelle Divergenz und lose integrierte Staatlichkeit. Sie prägen das institutionelle Gefüge und die politische Kultur des modernen Bundesstaates bis heute. Der auf diesen Eckpfeilern errichtete Nationalstaat ist kaum mit der EU kompatibel – zumindest nicht mit einer EU, wie sie sich seit dem Maastrichter Vertrag entwickelt hat. Ich vermute, Thomas Maissen sehe das ganz ähnlich. Seine Folgerung daraus: Nur durch einen EU-Beitritt könne dieses Staatsgefüge – mit einem Streich – «modernisiert» werden. Es ist dieser politische Befund, der Maissens Deutung der Schweizer Geschichte in grossen Teilen bestimmt. Denn nach ihm leidet die Eidgenossenschaft bis heute an einem Zustand der staatlichen Rückständigkeit. Alle wichtigen Anstösse zu engerer staatlicher Integration seien – gleich periodisch verabreichten Modernisierungspillen – von aussen gekommen. Im 16. Jahrhundert war es die von Frankreich dekretierte Modernisierung des Soldwesens, dann die von Napoleon durchgesetzte Rechtsgleichheit und schliesslich die Anerkennung des neutralen Pufferstaats durch den Wiener Kongress.

Diese Interventionen waren zweifellos wichtig. Aber waren es der guten Dinge genug? Gemäss Maissen eher nicht. Bei ihm erscheint auch der Bundesstaat als ein Schiff, das wegen des vormodernen Ballasts, den es mitschleppt, nur beschränkt

seetauglich ist. Besonders ins Gewicht falle die direkte Demokratie, weil sie den Handlungsspielraum von Parlament und Regierung nachhaltig beschränke.

Napoleons Frankreich verklärend

Man braucht kein Verklärer der Schweizer Vergangenheit zu sein, um Maissens Interpretation für einseitig zu halten. Auffällig ist etwa seine Idealisierung der aufgeklärt-absolutistischen Staatsidee Frankreichs, die der Imperialist Napoleon mit kriegerischen Mitteln in ganz Europa durchsetzen wollte. Wer diese Staatsidee und ihre postrevolutionären Werte als «modern-individualrechtlich» bezeichnet, nur um sie dann – in einem in der heutigen Forschung kaum noch anzutreffenden Schematismus – mit den angeblich «vormodern-ständischen» zu kontrastieren, der bewegt sich etwas gar nah am Zivilisationsdiskurs der damaligen Zeitgenossen: Robespierre war bekanntlich der Ansicht, die französische Kultur sei dem Rest Europas um zwei Jahrtausende voraus, und mit dieser Meinung stand er im damaligen Frankreich keineswegs alleine da.

Dieser Zivilisationsdiskurs hat es tatsächlich in sich. Historiker wie Tim Blanning oder Stuart Woolf haben nachgezeichnet, wie französische Beamte und Militärs sich das zivilisatorische Gefüge in Europa vorstellten: Das Verhältnis von Franzosen zu Europäern entsprach demjenigen der französischen Eliten zu ihren Bauern. Auch hier ging es also um ein Verhältnis von Über- und Unterordnung. Als sich die vor kurzem «befreiten» Völker gegen die französischen Besatzer wehrten, sah Frankreichs politische Elite sich in ihrem Vorurteil bestätigt. Diese zivilisatorische Self-fulfilling Prophecy kam während der Revolutionskriege so richtig auf Touren. Sie ist aber, in anderen Zusammenhängen, bis heute wirksam geblieben.

An die Stelle des historisch belasteten Vokabulars der Zivilisation traten Begriffe wie Fortschritt, Modernität oder politische Integration. Dieses Phänomen hat der linke amerikanische Anthropologe James Scott in seinem bahnbrechenden Werk «Seeing Like a State» erörtert.

Mit dem schweizerischen Staat und seiner Geschichte soll man kritisch ins Gericht gehen. Als Historiker kann man aber durchaus – bei aller Skepsis etwa gegenüber dem Schweizer Kommunalismus – zu einem anderen Schluss gelangen als Maissen. Beispielsweise, dass die Schweizer Staatsform, bei all ihren Schwächen und Unzulänglichkeiten, ihren Bürgern ein vergleichsweise hohes Mass an politischer Selbstbestimmung und Freiheit ermöglicht.

Was taugt die Marignano-Ausstellung im Nationalmuseum?

Zum Schluss, sozusagen aus aktuellem Anlass, ein Blick auf die grosse Marignano-Schau im Zürcher Nationalmuseum. Diese Ausstellung zeichnet sich durch eine bemerkenswerte intellektuelle Offenheit aus. Erika Hebeisen und ihrem Team ging es offensichtlich darum, ein für die Schweizer Geschichte wichtiges Ereignis in seinem zeitlichen Kontext zu beleuchten. Wofür wurde vor 500 Jahren bei Marignano gekämpft? Wer war dabei? Was führte im Spätsommer 1515 zur Schlacht? Warum haben die Eidgenossen gegen Frankreich verloren? Und wem dienten ihre Söldner danach? Das sind die substanziellen Fragen, die im Ausstellungskatalog formuliert werden.

So viel entspanntes Vertrauen in die Urteilskraft von Museumsbesuchern behagt

nicht allen. Vielmehr wird zur Dekonstruktion historischer Vorgänge unter dem Banner gegenwartsfixierter Ideologiekritik aufgefordert. Im vorliegenden Fall hätte das geheissen: vom Zürcher Staatsarchivar Paul Schweizer, über die Marignano-Fresken von Ferdinand Hodler bis zur 1965 erfolgten Gründung der Stiftung «Pro Marignano».

Bemängelt wird also, dass die Aussteller Marignano nicht a priori als Objekt nationaler Verklärung definierten; dass sie das historische Ereignis nicht zum Zankapfel der modernen Erinnerungskultur reduzierten, um es dann, nach gewohnter Manier, dekonstruieren zu können. Um im Bild zu bleiben: Was hier an der Zürcher Marignano-Ausstellung bemängelt wird, ist das Ausbleiben eines allseits vertrauten Schauspiels. Man fordert das historische Sechseläuten. Man verlangt «History light». Ob der Historiker-Böögg auch 2015 explodiert wie anno dazumal? Warten wir's ab.

Jede historische Debatte ist nur so interessant wie die Historiker, die sie führen

Vielleicht öffnet das Anrennen gegen den vermeintlichen Ranke im Nationalmuseum aber auch manchen die Augen. Denn der Vorgang ist symptomatisch für die Debatte zur Schweizer Geschichte der letzten zwei Dekaden. Für die exklusive Fokussierung auf politisierte Geschichtsbilder. Für die Obsession mit der angeblich alles Helvetische durchdringenden «geistigen Landesverteidigung», die den Schweizern den Weg in eine weltoffene Zukunft verbaue. So schreibt man seit einer Generation.

Symptomatisch ist das neuerliche Anrennen schliesslich für eine Gesichtsperspektive, die trotz ihrem Anspruch auf Progressivität und Weltoffenheit letztlich doch vor allem eines ist: Nationalgeschichte unter anderen Vorzeichen. Während sich die Historiker anderer Länder untereinander Kontroversen auf wissenschaftlichem Niveau liefern, beschäftigen sich ihre Schweizer Kollegen vorzugsweise mit ihnen unliebsamen Politikern.

Jede historische Debatte ist nur so interessant wie die Historiker, die sie führen. Auch das lehrt uns der gegenwärtige Historikerstreit. Das Dekonstruieren von einst für wahr gehaltenem war früher einmal innovativ – und es wird zweifellos wichtig bleiben. Bloss ist die Karawane der Geschichtswissenschaft in der Zwischenzeit weitergezogen. An den führenden Instituten des Auslands forscht man heute wieder lustvoll – oft vergleichend und stets in verstehend-erklärender Absicht – zu Institutionen, politischen Kulturen und Mentalitäten. Vielleicht erfolgt der grosse Sprung nach vorne ja mithilfe des historisch interessierten Schweizer Publikums. 2015: im grossen Jubiläumsjahr!

Oliver Zimmer hat in Zürich studiert und ist heute Professor für moderne europäische Geschichte an der Universität Oxford.

Mythos oder Geburtsstunde der Neutralität?

1515 wurden die Eidgenossen auf einem Schlachtfeld in der Lombardei vernichtend geschlagen. 500 Jahre danach sorgt die «Battaglia dei giganti» für heftige Debatten. Markiert die Niederlage den Anfang der schweizerischen Neutralität, oder ist Marignano lediglich ein Mythos, der politisch instrumentalisiert wird?

«Auch wenn die Geschichte von Marignano keine Erzählung von den Taten heldenhafter Ahnen ist, sollte man sie trotzdem erzählen», schreibt der Literaturwissenschaftler Peter Schnyder.

«Die Geschichte von Marignano zielt auf eine politische Spaltung der Gesellschaft ab», kritisiert der Dramatiker Guy Krneta.

«Historiker sollten die Auseinandersetzung mit Marignano nicht scheuen, sondern sie für die Vermittlung von Geschichtswissen nutzen», schreibt die Historikerin Erika Hebeiser
«Marignano steht dafür, dass die Schweiz nur in enger Verflochtenheit mit dem Ausland erfolgreich sein kann», schreibt die SP-Ständerätin Anita Fetz.

«Die Schlacht von Marignano lehrt, dass die Aussenbeziehungen der Schweiz sich schon damals nicht auf die Alternative Unabhängigkeit oder Selbstaufgabe reduzieren liessen» schreibt der Historiker Simon Teuscher.

MEHR ZUM THEMA

Schweizer Jubiläumsjahr Der Wille zur Geschichte

17.1.2015, 07:00 Uhr

Eine neue «Geschichte der Schweiz» Eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit

2.4.2014, 05:30 Uhr

Streit um die Abschaffung des Nebenfachs Schweizer Geschichte «Die Schweizer Geschichte floriert»

9.1.2015, 05:30 Uhr

1315, 1415, 1515 und 1815 – vier Schweizer Jahrestage Fakten und Fiktionen, Mythen und Lektionen

4.1.2015, 05:30 Uhr

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.